

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Telefon: Dönhoff 292-297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Dietrichs-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Telefon: Dönhoff 292-297

Die Zerfetzung des Bolschewismus.

Aus den Debatten des Moskauer Zentralkomitees.

Aus Moskau wird uns geschrieben:
Erst jetzt ist es gelungen, näheres über die vielbesprochene Volksversammlung des Zentralkomitees und der Zentralen Kontrollkommission zu erfahren, der es allem Anschein nach beschieden ist, eine historische Rolle in der inneren Entwicklung der russischen kommunistischen Partei zu spielen.

In der Sitzung herrschte eine nervöse Spannung. Die Reden der Opposition, wie auch der Mehrheit, zeichneten sich durch eine außerordentliche Schärfe und Leidenschaftlichkeit aus. Die Opposition, die eine geschlossene Haltung einnahm, ergriff die Öffensiv in allen Grundfragen, die auf der Tagesordnung standen. Folgende Fragen riefen besonders heftige Zusammenstöße hervor:
1. Die Frage des Russisch-Englischen Komitees
und im Zusammenhang damit die allgemeine Frage der Politik der Komintern und der roten Gewerkschaftsinternationale in Westeuropa, der Stabilisierung des Kapitalismus, der Perspektiven der Weltrevolution usw.

Dieses Telegramm rief in den Reihen der Opposition einen wahren Entrüstungsturm hervor. Es traf freilich am nächsten Tage ein zweites Telegramm von Tomski ein, in dem er seine Erklärung bedeutend abschwächte, jedoch gilt Tomski seit jener Zeit in den Augen der Opposition als eines der „rechtsten“ Mitglieder des Zentralkomitees.

Die Mehrheit des Zentralkomitees hat sich bekanntlich gegen den Austritt aus dem Englisch-Russischen Komitee ausgesprochen, zugleich aber für den verschärften Kampf nicht nur gegen die „Rechten“, sondern auch gegen die „Linken“ Führer der englischen Trade-Unions, was wohl auf die Sprengung des Englisch-Russischen Komitees hinausläuft.

2. Die nächstwichtigste Frage, die gleichfalls zu heftigen Debatten führte, war die Frage der Wirtschaftspolitik.

d. h. der Industrialisierung, des Verhältnisses zur Bauernschaft, der Preispolitik usw. Die Opposition, die ihren Standpunkt in einer besonderen Deklaration darlegte, hob — im Gegensatz zu der ihrer Meinung nach falschen Politik des Zentralkomitees — die Notwendigkeit hervor, die Last der Industrialisierung auf die Schultern der wohlhabenderen Schichten der Bauernschaft abzuwälzen. Gleichzeitig müssen auch energische Maßnahmen ergriffen werden, um den Einfluß der kommunistischen Partei auf die Mittelschichten der Bauernschaft geltend zu machen. Als erster Schritt in dieser Richtung müsse die Befreiung der unbemittelten Bauern (bis 40 Proz. der Gesamtzahl) von allen Steuern durchgeführt werden. Ferner müssen Maßnahmen zur Verhütung der weiteren Senkung der Reallohne der in der staatlichen Industrie beschäftigten Arbeiter ergriffen und eine Möglichkeit für die Hebung des Reallohnes geschaffen werden, was nach der Meinung der Opposition in absehbarer Zeit erfolgen könnte. Die Opposition ist im allgemeinen der Ansicht (eine alte Idee Trotski), daß im Lande bedeutend größere Möglichkeiten zur Hebung der „sozialistischen Elemente der Wirtschaft“ vorhanden seien, als es von der Mehrheit des Zentralkomitees angenommen wird.

Es erübrigt sich an dieser Stelle die Gegenbeweise der Mehrheit des Zentralkomitees anzuführen, da sie aus der „legalen“ Literatur hinreichend bekannt sind.

3. Ein heftiger Zusammenstoß erfolgte — im Zusammenhang mit der Mahregelung der Teilnehmer an der illegalen „Waldversammlung“, Kaschewitsch, Bjelenki u. a. — in der Frage der Parteidisziplin, der innerparteilichen Demokratie usw. Wie verlautet, hat die vereinigte Opposition es kategorisch abgelehnt, Kaschewitsch und Genossen für ihre offensichtliche Verletzung der Parteidisziplin zu verurteilen; sie war vielmehr bestrebt, die Schuld für derartige Vorfälle der Politik des Zentralkomitees in die Schuhe zu schieben. Aus demselben Grunde hat die Opposition es gleichfalls

abgelehnt, die grundsätzliche Position der Arbeitergruppe Schljapnikow-Medwedew zu verurteilen, obgleich sie ihren Standpunkt nicht teilt (diese Gruppe hatte auf der Volksversammlung keinen Vertreter, jedenfalls keinen, der den Mut gehabt hätte, öffentlich aufzutreten). Dieser antileninische Standpunkt der Opposition rief einen nur mehr oder weniger aufrichtigen Entrüstungsturm in den Reihen der Mehrheit hervor. Es spielten sich heftige Auftritte ab. Es wird mit Bestimmtheit behauptet, daß aus der Rede Dersjhinitsch die Worte gestrichen sind, daß er

„keine Bedenken tragen werde, die parteischädigende Tätigkeit der Opposition mit bewaffneter Macht zu unterdrücken“.

Es werden u. a. noch folgende Einzelheiten mitgeteilt, die die Gerüchte über das Zustandekommen eines formellen Übereinkommens zwischen der Opposition und Trotski bestätigen:

Als man Sinowjew und Kamenev mit Hilfe von Zitaten aus ihren eigenen Schriften gegen Trotski in die Enge trieb, geriet der erstere in Wut und erklärte kategorisch, daß er zu der Überzeugung gekommen sei, daß

in der Polemik gegen Trotski dieser und nicht das Zentralkomitee im Recht gewesen wäre.

Er, Sinowjew, habe sich genau so geirrt wie die Mehrheit des Zentralkomitees, doch er finde jetzt wenigstens den Mut, das offen zu bekennen und sein Bedauern auszusprechen, daß er seinerzeit gegen Trotski aufgetreten sei und ihn in so scharfer Weise bekämpft habe.

Kamenev ging noch einen Schritt weiter. Er erklärte nicht nur, daß er alle seine früheren Anklagen gegen Trotski und den Trotskismus zurücknehme, sondern teilte auch mit, daß im Jahre 1923, als der Kampf gegen Trotski geführt wurde, des öfteren Fraktionsführungen der Mehrheit des Politischen Bureau (d. h. ohne Trotski) stattgefunden haben und daß in einer dieser Sitzungen beschlossen wurde, zu demagogischen Zwecken ein Schreckgespenst des Trotskismus, als einer angeblich halbmenschenwürdigen Kezerei, zu schaffen, um mit Hilfe dieses Gespenstes die kommunistischen Massen einzuschüchtern und den Einfluß Trotskis zu untergraben.

Es läßt sich noch nicht voraussagen, welche Folgen die Vorgänge auf der Volksversammlung für das weitere Schicksal der russischen kommunistischen Partei zeitigen werden. Beide Teile haben vorläufig eine abwartende Haltung eingenommen. Die Mehrheit steht freilich auf Seiten dessen, der zurzeit die größte Macht besitzt, und diese befindet sich betannlich in den Händen Stalins. Aber auch die Opposition kann, abgesehen von Moskau, einige Stützpunkte in der Provinz (Charkow, Ural usw.) verzeichnen. Der Drang nach einer, wenn auch noch so beschränkten, innerpolitischen Demokratie und einer, wenn auch noch so beschränkten, Redefreiheit steigert sich unverkennbar mit jedem Tage. Darauf beruht gewissermaßen auch eine gewisse Popularität der Opposition, der sie sich, trotz ihrer konfusen wirtschaftlichen und internationalen Plattform, im Lande erfreut.

Harte Bestrafung der Jungtürken.

In Angora beantragt.

Angora, 24. August. (Anatolische Tel.-Agentur.) Der Staatsanwalt hielt heute vor dem Unabhängigkeitsgericht sein Plaidoyer in dem Hochverratsprozeß gegen die Mitglieder der Unionistischen Partei. Er schilderte zunächst die Umstände, unter denen die Türkei in den Weltkrieg verwickelt wurde. Nachdem er auf die Verantwortung der Unionistischen Partei hingewiesen hatte, die das Land in eine Katastrophe gestürzt habe, klagte er den früheren Finanzminister Dschavid, ferner Ardan und den früheren Parteiführer Naji an, eine Verschwörung angezettelt zu haben, um die Macht an sich zu reißen. Er beantragte gegen sie die Todesstrafe oder lebenslängliche Zwangsarbeit, sodann lebenslängliche Verbannung gegen sieben Angeklagte, darunter gegen den Abg. Rauf und den früheren Gouverneur von Smyrna, Rahmi. Hinsichtlich der übrigen Angeklagten beantragte er Freisprechung.

Vorbereitung zur Studienkommission.

In Berlin abgehalten?

Paris, 25. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Londoner Korrespondent des „Echo de Paris“ behauptet, in Berlin hätten vor einigen Tagen die drei völkerrechtlichen Sachverständigen Fromageot, Frankreich, Gauß, Deutschland und Hurst, England miteinander die Frage der Verteilung der Sitze im Völkerbundsrat vor dem Zusammentreten der Studienkommission am 30. August besprochen. Es sei dort Polen unter gewissen Bedingungen ein halber ständiger Ratslied zugesprochen worden, ebenso Spanien. Doch würde dem Blatt zufolge eine solche Regelung verschiedene kleinere Staaten äußerst verstimmen und mehrere von ihnen sollen das bereits nach London mitgeteilt haben.

Dazu erklärt die zuständige Stelle in Berlin, daß eine solche Besprechung weder erfolgt ist, noch bevorsteht, und zwar so wenig in Berlin als anderswo.

Das Reichskabinett wird vor dem Zusammentritt der Studienkommission (am 30. August) eine Sitzung nicht mehr abhalten.

„Sozialer Friede“ und Kriegsbrot

Der Segen des Faschismus.

Lugano, Ende August.

Das Gesetz über die faschistischen Syndikate in Italien sollte die „Aera des sozialen Friedens“ auf gesetzliche Grundlage stellen. Was man im Voraus sagen konnte, daß nämlich diese gesetzliche Grundlage, die die des Knüppels ablöste, für die Unternehmer in dieser Zeit der Krise recht gemächlich sein werde, bestätigt sich jetzt Tag für Tag. Die Arbeiter haben eben keine Interessenvertretung mehr, außer jenen faschistischen Syndikaten, die ganz unter dem Einfluß der Regierung stehen. Die große Mailänder Maschinenfabrik Breda ist durch den herrschenden Arbeitsvertrag verpflichtet, für je acht Punkte der Teuerungsskala 15 Lire im Monat Teuerungszuschlag zu gewähren. Nun hat der Monat Juni in Mailand einen Aufstieg um 35 Punkte gebracht, den höchsten, der bis jetzt verzeichnet wurde. Die Firma, die 60 Lire im Monat Zuschlag zahlen müßte, gibt bekannt, daß sie in diesem Monat keine Veränderung der Teuerungszulage eintreten läßt. Begründet wird der Kontraktbruch nicht, aber wahrscheinlich sollen die Arbeiter und Angestellten der Breda warten, bis die Verkaufsstellen der Unternehmer die Lebensmittel verbilligen. Die armen Unternehmer wissen gar nicht mehr, was sie tun sollen. Die Industriellen haben Interesse daran, durch ihre Verkaufsstellen die Lebensmittelpreise zu drücken, da diese Preise der Teuerungszulage zugrunde gelegt werden; um aber wirklich die Preise zu vermindern, müßte man den Zwischenhandel ausschalten, also die Riemen aus der Haut der Kaufleute schneiden.

Das widerspricht dem Solidaritätsgefühl der industriellen Unternehmer; der Ruin des Kleinhandels widerspricht auch ihren Absatzinteressen. Die Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes würde sich noch weiter vermindern, wenn ein Teil der Kaufleute seine Läden schließen müßte, und das, ohne daß die Kaufkraft der Arbeiter steigen würde, da ja ihr Lohn mit den Preisen sinken soll. Die faschistische Presse klagt, daß die Mailänder Fabrikanten sich keine Mühe mit der Organisation der Fabrikverkaufsstellen geben. Das geschieht, weil sie die Kaufleute nicht schädigen wollen und — wie das Beispiel der Breda zeigt — darauf rechnen, die Teuerungszulage trotzdem zu verkürzen. Für die Teuerungsskala des Juli wird übrigens das Aufhören des Mieterkampfes und ein Mietzuschlag von 50 Proz. zur Geltung kommen.

Ueber die Mulsion, durch das Kriegsbrot 3 Milliarden zu sparen, indem die Einfuhr entsprechend vermindert wird, äußert sich das Organ der freien italienischen Konsumvereine und Arbeitsgenossenschaften, die „Cooperazione Italiana“, sehr skeptisch. Die inländische Ernte, die auf 56 Millionen Meterzentner geschätzt wird, läßt einen Fehlbetrag von 14 bis 16 Millionen! Durch Erhöhung der Ausfuhr um 10 Proz. könnte man im besten Fall 4 bis 5 Millionen Meterzentner sparen, also etwa eine Milliarde Lire, aber das nur, wenn auch die Seibstverbraucher den vorgeschriebenen Ausfuhrquoten einhalten, was nicht leicht zu erreichen sein wird. Außerdem wird das Gesetz in Sachen der Kuchenbereitung, der Kranken- und Kinderkost Läden lassen müssen, durch die recht viel weißes Mehl abfließen dürfte. Aber auch für den Fall strengster Durchführung fragt sich das Blatt, ob die Volkswirtschaft des Landes Nutzen davon ziehen werde. Die Kleie zur Viehfütterung wird nicht hinreichen und zur Einfuhr von Ersatzmitteln aus dem Ausland führen, oder geradezu zur Verfüterung des Weizens. Andererseits ist das Brot mit 80 bis 85 Proz. Verkohlung vom menschlichen Organismus nur unvollkommen assimilierbar; dieser Nachteil wird sich in dem laufenden Jahre besonders fühlbar machen, da die Qualität des inländischen Weizens durch das ungünstige Wetter sehr schlecht ist.

Neben „sozialem Frieden“ und Kriegsbrot schreitet wader die faschistische Besitzergreifung fort. In rührender Kleinarbeit. Heut löst man diese Hilfskaffe, morgen jenen Bildungsverband auf. Man schlägt wohl auch zwei zusammen, wobei der faschistische Verein den nichtfaschistischen aufricht. Da diese Aktion nur finanzielle und Machtzwecke verfolgt, verlockt der Faschismus gelegentlich Dinge, die er schlechterdings nicht verdauen kann. So hat man dieser Tage verfügt, die Mailänder Stiftung „Cesare Beccaria“ mit dem „Institut für forensische Pädagogie“ zusammenzulegen. Der Aufsichtsrat dieses Instituts hat nun beschlossen, den Staatsrat anzurufen mit der Begründung, daß man zwei Einrichtungen mit entgegengesetzten Zwecken vereinigt: die Stiftung „C. Beccaria“ ist eine Besserungsanstalt, das Institut für forensische Pädagogie hat den Zweck, die Schädlichkeit der Besserungsanstalten in der Bekämpfung des Verbrechertums darzutun. Und diese beiden Institute will die faschistische Regierung vereinigen! Warum übrigens nicht, wo man doch Arbeit und Kapital auch zu einem gemeinsamen Interessenschuß zusammenfugt?

Die Besitzergreifung beschränkt sich nicht auf private Anstalten. Der Faschismus legt Wert darauf, auch die öffentlichen Betriebe als ein Monopol seiner Partei gänger hinzustellen. Das muß aber auf dem Wege der „friedlichen Durchdringung“ gemacht werden. Schon seit einiger Zeit pflegt die Regierungspresse höhnisch darauf hinzuweisen, wenn ein Sozialist oder anderweitiger Umstürzler den Auslandspah fordert; es heißt dann, „unlere Pässe und unsere Behörden sind den Herren genehm“. Nächstens werden die Faschisten uns vorrechnen, daß wir „ihre Luft atmen“

und „ihre Wasser trinken“. Einsteilen entzieht man den Sozialisten das Eisenbahnabonnement, das jeder Bürger wie jeder Ausländer für Geld — recht viel Geld — erstehen kann. Dem Maximalisten Arrabbi ist dieser Tage sein Eisenbahnabonnement von einem Angehörigen der faschistischen Miliz beschlagnahmt worden, ohne andere Begründung als die eines höheren Befehls. Die Tatsache, daß ein Mensch mit bezahltem Bilette reist, ist schon verdächtig. Jeder bessere Faschist reist gratis auf „seinen Bahnen“.

Die Stadt Mailand ist jetzt auch endlich von dem „Ur-väter-Hausrat“ ihrer erwählten Stadtverwaltung befreit worden. Sie hat einen Kgl. Kommissär, und es wird ihr wohl auch ein Gouverneur blühen, wie Rom mit seinem veralteten „Senatus Populivusque Romanus“ und seiner der neuen Zeit angepaßten Wölfin, die zwar keine Zwillinge mehr nährt, aber für viele frißt. Seit dem 30. Juni dieses Jahres bestand übrigens die Mailänder Stadtverwaltung nicht mehr zu Recht, da die Zeit ihrer Wirksamkeit abgelaufen war. Das gibt eine reiche Ernte von Prozessen für die in dieser Zwischenzeit unterzeichneten Verträge!

Daß weiter im Lande „gepart“ wird und jede öffentliche oder Parteifestlichkeit streng verpönt ist, geht schon daraus hervor, daß die Illumination zu Ehren des faschistischen Parteisekretärs in Messina die Bagatelle von 200 000 Lire gekostet hat. Daß eine gewisse Sparsamkeit — natürlich nicht bei Parteisekretärs-empfangen! — am Plage ist, erhellt aus der jüngsten Statistik des Außenhandels. In den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres belief sich die Einfuhr auf 14,264 Millionen, 167 Millionen weniger als im Vorjahr; die Ausfuhr auf 8,321 Millionen, 284 Millionen weniger als im Vorjahr. Das Defizit der Handelsbilanz ist also um 117 Millionen gewachsen und beträgt in sechs Monaten 5,934 Millionen, was einen Jahresfahrbetrag von 12 Milliarden voraussehen läßt. Der Fremdenverkehr und die Ersparnisse der Auswanderer, die in der Vorkriegszeit das Defizit ausglich, sind heute im Rückgang. Besonders zeigen die nordamerikanischen Auswanderer wenig Neigung, ihr Geld in die Heimat zu schicken.

Wenn der „soziale Frieden“ in Italien fortfährt, den „Reid Europas“ zu erwecken, wie die Faschisten behaupten, so ist der Frieden innerhalb des Faschismus etwas weniger neidermendend. Der frühere Parteisekretär Farinacci hat den Faschisten Bonaccorsi geohrfeigt, die faschistische Organisation von Gallaniffetta ist aufgelöst worden, seit durch ein Gerichtsurteil bekannt wurde, daß ihr Sekretär sich für mehrere Millionen öffentlicher Arbeiten von den Gemeinden seiner Provinz hat überweisen lassen. Der wegen Ermordung des Genossen Lippardini in S. Maria in Duno freigesprochene Wehrmann der Miliz Bergani ist wegen Einbruchsdiebstahls verhaftet worden und eine faschistische Freiwillegenlegion in Bologna hat man aufgelöst, angeblich, weil sie zuviel kostete. Gemunkelt wird, daß die Auflösung wegen skandalöser Vorfälle in der Kaserne der Legion vorgenommen wurde. Es geht also alles gut, und in den Cafés chantants von Rom singt man zur Jazzband ein Lied zu Italiens Ruhm, das mit der Aufforderung endet: „Ausländer, ziehe den Hut“. Und wehe dem Ausländer, der ihn nicht zöge.

Streicher im Gefängnis.

Der Verleumder des Oberbürgermeisters Luppe.

München, 25. August. (Eigener Drahtbericht.) Der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Julius Streicher, Nürnberg, der in verschiedenen Beleidigungsprozessen, u. a. gegen den Oberbürgermeister Luppe, Gefängnisstrafen von je zwei Monaten erhalten hatte, trat nunmehr in Gefängnis Nürnberg die auf 3½ Monate zusammengezogene Strafe an.

Madame Bardoll.

Von Hermann Schühinger.

Madame Bardoll ist zweifellos eine der besten Kennerinnen des großen Krieges; sie hat sich das Leben und Treiben der Front aus allernächster Nähe, und zwar nicht von einer, sondern von beiden Seiten aus angesehen — und das kam so: Mitte September 1914 stand plötzlich die Front im Westen, und zwar im Tal des Rabodeau, ausgerechnet zwischen Etival und Senones, zwischen dem Elternhaus der Frau Bardoll in Etival und ihrem Stroh-witwenstübchen — der Mann war beim 185. Linienregiment — dem Hotel Bardoll in Senones. Die Front pendelt noch eine Zeitlang hin und her und löst einige wütende Kanonaden auf den Bergen beiderseits des Rabodeau aus, dann steht sie still.

Madame Bardoll, die immer noch voll Schreck auf das fünf Kilometer entfernte Etival zu den Eltern und Geschwistern hinüberschau, kommt zu sich und entdeckt, daß sie trotz aller Komik der Situation sehr ernste Pflichten hat. Sie ist plötzlich die Verwalterin des Familienvermögens geworden, das in der Küche, im Keller und in den Schränken des Hotel Bardoll steckt. Da die deutschen Soldaten doch nicht die Barbaren waren und alles kurz und klein schlagen, wie es im Lofalanzeiger von Senones geschildert war, sondern beim Einsetzen der ersten größeren Gefechtspause höflich und bescheiden ihren Schoppen Wein bestellen und angefächelt der Reize von Madame auch nicht das Zablen vergaßen, war sich Madame Bardoll rasch ihrer höheren Aufgabe bewußt. Ihr Hotel war tatsächlich das einzige „Leistungsfähige Haus“ zwischen dem Donon, der Stadt St. Die und dem Hof von Saales, und so eroberte sich Madame Bardoll mitten im Krieg das alte Geschäft. Nur waren ihre Gäste nicht mehr kleine Kaufleute und Oberpostsekretäre aus Epinal, Nancy und St. Die, sondern deutsche Offiziere und Rusch-oten, denen das Geld recht locker imbeutel sah.

Der beste Kunde der Madame Bardoll war selbstverständlich der Divisionsstab des General H., der als alter Kavallerist keine Ries-macher und armen Schlucker von der Infanterie um sich duldet und selbst noch wie ein Junger laufen und — sagen wir mal — schlucken konnte. Dabei will ich zur Ehrenrettung der Frau Bardoll sagen: Auch der Truppenoffizier und Frontsoldat bekam von ihrer sorgenden Hand sein Teil, und die Korporalchaft meiner Kompanie, die in ihrer „Dependance“ einquartiert war, sang in vollen Tönen das Lob der Madame. Selbstverständlich bildete sich um die plötzlich in den Mittelpunkt einer deutschen Infanterieabteilung gestellte Frau ein Rattenkriegswort von Legenden, und jeder bessere Frontsoldat wollte an der „Kanzel“ oben einen Franzosen erschöpfen und eine Nacht bei der Madame Bardoll geschlafen haben, was natürlich durchwegs erfolgen war.

So lieb und weit die Madame Bardoll gegen jeden deutschen Vandalen war, der bei ihr einen Schoppen trank —, wenn das

Stahlhelm-Sachsen?

Sammlung eines schwarzweißroten Blocks unter Stahlhelmführung.

Im Herbst finden die Neuwahlen zum sächsischen Landtag statt. Sie werden stattfinden unter folgenden Bedingungen: Spaltung links, Sammlung rechts. Auf der Linken wird die Gruppe der 23 Landtagsabgeordneten der „Alten Sozialdemokratischen Partei“ gegen die Sozialdemokratische Partei konkurrieren — auf der Rechten vereinigen sich Deutsche nationale, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei und Völkische unter Führung des Stahlhelms zu einer „nationalen Arbeitsgemeinschaft“.

Die Bildung dieses Rechtsblocks weist mit größter Deutlichkeit auf den zwiespältigen Charakter der Deutschen Volkspartei hin. Als die sogenannten „Wehrverbände“ unter Führung des Stahlhelms an die Volkspartei das Ultimatum stellten, sich an der Bildung des Rechtsblocks zu beteiligen, hat das offizielle Organ der Deutschen Volkspartei im Reiche, die „Nationalliberale Korrespondenz“, die Teilnahme an einem schwarzweißroten Block schroff abgelehnt. Die Bedingung der Teilnahme war, grundsätzlich ein Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie abzulehnen. Die Ablehnung des Ultimatus mit dieser Bedingung entsprach im allgemeinen der Absicht der Gruppe um Strejemann, sich nicht nach rechts hin zu binden.

Die Deutsche Volkspartei in Sachsen aber steht den Deutschnationalen näher als die Volkspartei im Reiche. Ihre Stellungnahme zum Ultimatum der Wehrverbände war deshalb wichtiger als die Stellungnahme der „Nationalliberalen Korrespondenz“. Jetzt teilt sie selbst mit, daß sie auf Verhandlungen eingegangen ist, und daß die Verhandlungen einen günstigen Verlauf nehmen. Die Deutschnationalen verzeichnen ausdrücklich, daß darin eine Stellungnahme gegen die Haltung der Volkspartei im Reiche liege.

Der „Deutschen Tageszeitung“ wird aus Dresden berichtet:

„In den letzten Tagen haben zwischen den in Frage kommenden Parteien und Wirtschaftsgruppen eine Reihe von Verhandlungen stattgefunden, die den Plan der Herbeiführung einer nationalen Arbeitsgemeinschaft für die künftige Führung der sächsischen Politik erfreulicherweise sehr gefördert haben. Zuerst den sächsischen Wehrverbänden hat sich auch die Arbeitsgemeinschaft bürgerlicher Bezirksauschuhmitglieder in der Kreisshauptmannschaft Dresden mit einem Aufruf an alle maßgebenden Persönlichkeiten, an alle politischen Parteien und alle maßgebenden Wirtschaftsorganisationen und -verbände gewendet, alles zu tun, um eine Sammlung aller nationalen Kräfte zu einer einheitlichen Front zu erreichen.“

Ungefähr zur gleichen Zeit hat der Sächsische Landes-bürgerrat eine ähnliche Aktion unternommen, die in weiten bürgerlichen Kreisen dieselbe Zustimmung gefunden hat, wie die der genannten beiden Organisationen. Besonders die großen Wirtschaftsgruppen der Industrie, der Landwirtschaft, des Handwerks usw. haben sich mit dem ganzen Gewicht ihrer großen Organisationen für den Gedanken einer nationalen Arbeitsgemeinschaft für die sächsischen Landtagswahlen und über diese hinaus eingesetzt. Das hat zur Folge gehabt, daß die in zwei Fällen von Berlin aus unternommenen Störungsversuche glatt gescheitert sind und die Parteien, deren Stellungnahme bisher noch nicht klar erkennbar war, aus ihrer Zurückhaltung mehr herausgetreten bzw. von ihrer ursprünglich ablehnenden Haltung abgegangen sind. Die deutsche Volkspartei teilt dies jetzt selbst mit.

Ueber die Wirtschaftspartei waren Nachrichten verbreitet worden, die den Tatsachen widersprachen. Die leitenden Persönlichkeiten der Wirtschaftspartei aber haben wiederholt unzweideutig zu erkennen gegeben, daß sie sich zum Gedanken der nationalen Arbeitsgemeinschaft bekennen werden. So hat erst dieser Tage der Landesvorsitzende der Wirtschaftspartei für Sachsen, Ober-

meister Kaiser, in einer öffentlichen Versammlung in Reffen erklärt, daß die Wirtschaftspartei zum Rechtsblock gehöre und daß die Zeitungen, die das Gegenteil gemeldet hätten, gelogen hätten.“

Die Volkspartei in Sachsen hat damit eine wichtige Borentscheidung für den kommenden Parteitag der Volkspartei gefaßt. Im übrigen begibt sie sich in eine sehr unaubere Front. Sie wird Teilhaber von den Organisationen, die mit den Geldern finanziert worden sind, die dem „Volksoffer“ unterschlagen wurden.

Diese Front will Sachsen regieren und Stahlhelmsachsen als Gegenstück zu Stahlhelmbraunschweig ins Leben rufen!

Kommunistische Parteimöte.

Die Auseinandersetzung mit der Opposition.

Früher waren die Kommunisten immer sehr stolz darauf, daß Reußlin und Wedding ihre „Hochburgen“ seien. Sie zogen daraus den Schluß, daß in ausgesprochen proletarischen Wohnvierteln der Reformismus bald auszurotten sei. Jetzt können sie stolz darauf sein, daß dort die Hochburgen ihrer Opposition sind, die bekanntlich nur die „Widerspiegelung kleinbürgerlicher Zerlegungsercheinungen in der Avantgarde des Proletariats“ ist. Die „Rote Fahne“ muß deshalb diesen „Hochburgen“ täglich lange Artikel widmen. Heute stellt sie folgendes fest:

„An der Reußliner Delegiertenkonferenz am 23. August wurde vom Referenten folgende Resolution zur Abstimmung eingebracht:

„Die Delegiertenkonferenz erklärt: Ohne Unterschied der Richtungen verpflichten wir uns, auf das schärfste gegen die konterrevolutionären Treiber der Korsch usw. die Partei einheitlich und geschlossen zu verteidigen.“

Das Resultat der Abstimmung war folgendes: 60 Genossen stimmten für die Resolution, einer dagegen, 65 Genossen enthielten sich der Stimme. Diese 65 Genossen waren Anhänger der „Urbanen-Opposition“. Unter der Führung von Urban und Schimanzki glaubten 65 Delegierte in Reußlin sich der Stimme enthalten zu müssen, als die Entscheidung stand: die Partei gegen die Spaltung!

Wir fragen die Reußliner Genossen: Seid ihr einverstanden mit der Haltung jener Delegierten, welche sich bei dieser Entscheidung der Stimme enthielten?

Wir glauben: nein! Wir wissen aus den Diskussionen in den Zellen, daß die übergroße Mehrzahl, auch der oppositionellen Genossen in Reußlin, daß sie den Kampf gegen die Spalter führen werden. Mögen die oppositionellen Genossen noch Mißtrauen gegen die Politik der Partei haben, sie werden genau so wie die Mehrheit der Partei die Einheit der Partei verteidigen.

Trotzdem wir dessen gewiß sind, zeigt die Stimmeneinstellung der 65 oppositionellen Delegierten bei der Abstimmung über die Resolution des Genossen Korsch, daß die Mehrheit der Partei die oppositionellen Arbeiter hincinmandoriert werden sollen. Die Ereignisse der letzten Zeit zeigen ganz deutlich, wohin nach den Absichten der „Linken Führer“ in der Partei die Reize gehen soll. Sie versuchen vorläufig zu verhindern, daß die oppositionellen Arbeiter eindeutig gegen Korsch Stellung nehmen. Sie stellen sich schützend vor Korsch, weil sie faktisch einen politischen und organisatorischen Block mit Korsch geschlossen haben. In Reußlin ist dieses Mandat noch gelungen. 65 Delegierte haben sich bei dieser wichtigen Abstimmung der Stimme enthalten.“

Die „Rote Fahne“ hofft, daß die oppositionelle Mehrheit der Reußliner „Hochburg“ doch noch ihren Fehler korrigieren wird und daß die „konterrevolutionären Treiber der Korsch und ihrer Agenten in der Partei“ auf die Dauer ohne Erfolg sein werden. Jedenfalls ist vorläufig die Gefahr noch groß, daß die „Hochburg der Revolution“ sich in eine „Hochburg der Konter-revolution“ verwandelt.

Auto des Divisionärs draußen hupte, dann ließ sie alle stehen und rannte mit dem Schreckensruf oder Ergebenheitsruf „Son Excellence!“ auf die Straße hinaus; devot stand dann das Kleinbürger-mädel vor dem General.

Uebrigens sind sich die beiden, die Madame Bardoll und der deutsche General, einander zum Schicksal geworden. Sobald es der klugen Frau gelungen war, mit Hilfe der Ordonanzoffiziere seiner „Excellence“ einen — völlig harmlosen — Faden zu ihrem Elternhaus in Etival zu spinnen, „flog“ die Madame Bardoll und der General.

Als ich vor drei Wochen in Senones in einer lauschigen Sommernacht auf der Veranda des Hotels die Schicksale der Madame Bardoll von ihr selbst zu hören bekam, hatte ich doch den Eindruck, daß die beiden einen mächtigen Protektor besessen haben. Der General fiel nämlich die Treppe hinauf und wurde im Osten noch ein ganz hohes Tier; die Madame Bardoll aber sauste durch die Schweiz nach Frankreich, geradewegs in die Arme ihres Gatten hinein. In Etival zog sie in der umgekehrten Front, durch „Kriegserfahrungen“ bereichert, bei ihren Eltern einen neuen Vaden auf und erlebte, von ihrem Gatten fleißig besucht, den Krieg ein zweites Mal.

„Ja — und wo hat es Ihnen besser gefallen, Madame, in Senones oder in Etival?“

„In Etival natürlich,“ sagt sie mit einem Blick auf ihr Mädel, das etwa zehn Jahre alt sein mag, „ich kann mich aber auch nicht über die Deutschen beklagen; sie waren sehr höflich und sind mir keinen Pfennig schuldig geblieben. Aber denken Sie: Als ich ins Hotel hierher kam, nach dem Waffenstillstand, war alles zusammengefallen!“

„Tout cassé — tout cassé!“ Das Entsetzen der Hausfrau, die all ihr Geschick in Scherben sieht, zittert in ihr noch nach. Der ganze Krieg war nichts im Vergleich zu dieser Porzellanfatastrophe, die sie jetzt noch schüttelt, diese kleine Frau, die im Krieg zwischen den Fronten stand.

Die 100 000 Liebesbriefe Rudolf Valentinos.

Rudolf Valentino, der, nur 30 Jahre alt, verstorben ist, war unbestritten der Liebestönig Amerikas seit dem Tage, wo er zum erstenmal in einem Film der großen Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Valentino war ein aus Italien eingewanderter Gärtnerbursche. Er wurde von einem geschäftstüchtigen amerikanischen Manager entdeckt, dem seine männliche Schönheit gefiel. Der Filmindustrielle hatte den Geschmack der Amerikanerinnen ganz richtig beurteilt, denn schon das erste Auftreten Valentinos in dem Film „Der Scheich“ war eine Sensation, wie sie Amerika vorher noch nicht aufzuweisen hatte. Valentino erzählte selbst einmal, daß er in den ersten Tagen nach der Erstaufführung des „Scheichs“ seines Lebens fast nicht mehr sicher war. Trotzdem er keine Wohnung auf jede Art und Weise zu verheimlichen wußte, haben die Amerikanerinnen es doch

verstanden, dem Portier des Filmateliers gegen große Bestechungsummen das Geheimnis zu entreißen, woraufhin ein gewaltiger Ansturm der Schönheiten und Häßlichkeiten von Amerikanerinnen auf ihn erfolgte. In den ersten acht Tagen nach seiner Erstaufführung erhielt er ungefähr 100 000 Liebesbriefe aus allen Gauen Amerikas, aus allen Ständen und von Frauen jeden Alters. Eine Millionärin schickte ihm den Liebesbrief in einer Kassetten, die ganz aus Gold bestand und den Namen Valentino in großen Brillanten zeigte. Am meisten rührte ihn der Brief einer armen Arbeiterin, die sich nur für den Film bedankte und von vornherein der Ansicht Ausdruck gab, daß sie wohl kaum jemals die Möglichkeit haben würde, den gefeierten Filmstar von Angesicht zu Angesicht zu sehen und ihm sogar die Hand drücken zu dürfen. Das war der einzige Liebesbrief, den Valentino beantwortete. Außer diesen Liebesbriefen erhielt er 15 000 mal die Ehe angetragen. Valentino selbst war der Anschauung, daß die Liebe der Hunderttausende nicht seiner Person galt, sondern daß es eine Art Suggestion war, die allmählich in eine seelische oder geistige Epidemie ausartete.

Während Valentino für den ersten Film, bei dem er nur eine Art Statist war, das Gehalt von 100 Dollar bezog, konnte er für den Film „Der Scheich“ bereits über ein Honorar von 2000 Dollar quittieren, das von Film zu Film anwuchs und schließlich auf eine jährliche Gage von 1 Million Dollar gestiegen war. Sein größter Kassenerfolg war „Monsieur Beaucaire“.

Gestern abend versuchten gegen 60 000 Menschen, meistens Frauen und Kinder, in der Kirche am Broadway die aufgebahrte Leiche Valentinos zu sehen. Es spielten sich unerhörte Szenen ab, wobei viele Frauen niedergetreten und gegen 100 Personen verletzt wurden. Es mußte erst berittene Polizei aufgeboden werden, um die Ordnung wieder herzustellen. Der Bürgerstreik war mit Handtaschen, Schuhen und Kleiderstücken vollkommen übersät. Schuld an diesen unerhörten Szenen war die Sensationspresse, die am Nachmittag die Nachricht verbreitet hatte, Valentino sei das Opfer eines Giftmordes geworden.

Ein neues Dokument über Jork. Ein Zeugnis von hohem geschichtlichen Wert, das über die noch immer ungeklärten Vorgänge der Konvention von Lantroggen überraschendes Licht verbreitet, wird in dem neuesten Autographen-Katalog von Karl Ernst Henrich angeführt. Es handelt sich um einen Geheimbrief Norda, der vom 26. Januar 1813 datiert ist. Nach dieser Darstellung hätte Nord nicht eigenmächtig gehandelt, als er in der Mühle von Poscherun mit den Russen den Vertrag schloß und damit das erste Flammenszeichen für die Befreiungskriege auslösende ließ, sondern der Königin hat um seinen Schritt gewußt, und, wie es in dem Brief heißt, „S. Majestät haben im Geheimen die von mir mit dem russischen General v. Diebitz abgeschlossene Convention völlig genehmigt.“ Ist diese Tatsache richtig, dann gewinnt die Stellung Friedrich Wilhelms III. zum Freiheitskriege ein ganz anderes Gesicht; er hat sich dann nicht von den Ereignissen treiben lassen, sondern aktiv gehandelt.

Spielplanänderung. Im Komödienhaus findet die auf Donnerstag, den 26. August, angekündigte Erstaufführung der Komödie „Gerr von Saint-Dubin“ erst am Freitag statt.

Bismarck, Prophet der Republik.

Sein Urteil über den Ausgang der Monarchie.

In der Friedrichsruher Ausgabe der „Gesammelten Werke Bismarcks“ erscheint demnächst der dritte Band der Besprüche. Er enthält sehr bemerkenswerte Äußerungen über den letzten Kaiser, seine Umgebung und die Zukunft Deutschlands. Darüber sprach sich der „Eiserne“ Anfang der neunziger Jahre zur Freiin von Spießberg, einer Tochter des früheren württembergischen Ministerpräsidenten v. Arnhäuser, folgendermaßen aus:

Der Kaiser meint alles besser zu verstehen, weil er sich für einen Friedrich II. oder mehr hält. Ohne Erfahrung, ohne den Rat erfahrener Männer, will er alles allein verstehen und machen. Er erkennt keine Autorität an als sich selber. Ja, wenn der Kaiser wirklich etwas von Friedrich dem Großen hätte: er ist aber weit davon entfernt. Er ist kein Friedrich der Große, obwohl man es ihm fortwährend sagt und er es glaubt. Er will alles selbst machen und bestimmen, und wenn wir das Unglück haben sollten, einen Krieg führen zu müssen, dann würde er die oberste Leitung nicht aus der Hand lassen. Das kann furchtbar werden.

Auf eine Frage der Frau von Spießberg, ob er sich denn gar nicht vorstellen könne, daß ein Weg gefunden werde, ihn wieder in bessere Beziehungen zum Kaiser zu bringen, antwortete Bismarck am 5. März 1891:

Rein, das ist aus und vorbei. Der Kaiser hat mich wie einen Bedienten weggejagt. Ich habe zeitlebens einen Edelmann in mir gespürt, den man nicht ungestraft beleidigt. Vom Kaiser kann ich keine Genußnahme fordern, so bleibe ich eben fern und von all denen, die glauben, ich suchte wieder ans Ruder zu kommen, weiß keiner, wie gleichgültig mir jetzt Hof- und Fürstengunst sind. Die Schuterei ist ein eintätiges Handwerk und wird in schamloster Weise in Berlin selbst von denen geübt, die unabhängig von Stand und Stellung sind.

Was soll ich dazu sagen, wenn ein Lumpenhund wie August Dönhoff einen großen Umweg auf der Straße macht, um meinem Sohne Herbert nicht zu begegnen? All diesen Leuten gegenüber habe ich nur das Gefühl des Eßes von Verdingungen. Selbst den Kaiser nehme ich nicht aus bei solcher Werthschätzung. Ich fühle nichts mehr für ihn. Bei der Boykottierung — ich kann es nicht anders nennen —, die über mich verhängt ist, ist nur der Gedanke und die Furcht maßgebend, ich könnte mich zwischen ihn (den Kaiser) und die Sonne stellen.

Das furchtbar gefährliche im Charakter des Kaisers ist, daß er dauernd keinem, momentan jedem Einfluß zugänglich ist und alles sofort zur Tat werden läßt, womit jede Stetigkeit aufhört.

Schließlich tat Bismarck am 19. März 1893 der Frau v. Spießberg gegenüber folgenden Auspruch:

Es kann ja sein, daß Gott für Deutschland noch eine zweite Zeit des Verfalls und darauf eine neue Ruhmeszeit vor sich hat, auf einer neuen Basis: der Republik. Das aber berührt uns nicht mehr.

Bismarck wurde allerdings nicht mehr davon berührt. Als er jene Prophezeiung aussprach, war er 78 Jahre alt, fünf Jahre darauf starb er. Sechzehn Jahre nach seinem Tode kam der Ausbruch des Krieges, und wieder vier Jahre später war die Republik da.

Für die Monarchisten, die versichern, daß die Republik „undeutsch“ sei und daß Deutschland nur unter Führung eines Monarchen seinen Wiederaufstieg vollziehen könne, ist Otto v. Bismarck von heute ab wohl ein verlorener Mann.

Korrektur eines Tendenzurteils.

Lehrer Siebens begnadigt.

Nach der Reichspräsidentenwahl wurde der demokratische Hauptlehrer Siebens in Tannenhäuser (Ostfriesland) beschuldigt, als Wahlvorsteher Wahlfälschungen vorgenommen zu haben und zwar zugunsten des demokratischen Kandidaten Hellpach. Dieser hatte in Tannenhäuser 72 Stimmen erhalten. Trotzdem 72 Wahlberechtigte bereit waren, vor Gericht zu bekunden, daß sie diese Stimmen für Hellpach abgegeben hätten, verzichtete das Gericht auf ihre Vernehmung und verurteilte den Demokraten zu 14 Jahr Gefängnis!

Hier lag offensichtlich ein Tendenzurteil vor, das der Korrektur dringend bedurfte. Der Verteidiger des Beschuldigten, Abgeordneter Koch, der Führer der demokratischen Reichstagsfraktion, hat sich sehr lebhaft um die Wiederherstellung des Rufes seines Mandanten bemüht. Jetzt hat nun die preussische Staatsregierung beschlossen, im Gnadenwege das Urteil abzumildern. Die Strafe wurde, da das Urteil nicht ohne weiteres kassiert werden kann, auf sechs Monate Gefängnis herabgesetzt. Davon werden zwei Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet. Für den Rest wurde eine dreijährige Bewährungsfrist zugewilligt.

Der Eifer der ostfriesischen Staatsanwälte und Richter, wie er sich in dem Vorgehen gegen einen demokratischen Wahlvorsteher zeigte, läßt die Frage wieder aufleben, was denn eigentlich gegen die Guttschreiber und Gemeindevorsteher geschehen ist, die durch offene Gesetzesverletzung und oft durch Drohung die Stimmberechtigten von der Abstimmung beim Volkenscheid fernzuhalten gesucht haben. Welche Schritte sind gegen sie unternommen worden? In der Deffenlichkeit hat man bisher nicht das Geringste davon gehört. Soll dieser Terror und diese Willkür einfach in Vergessenheit geraten? Soll der Trotz der Verfassungsfeinde über den Geist der Verfassung triumphieren?

Koalitionsregierung in Griechenland.

Grundsätzlich beschlossen.

Athen, 25. August. (WZ.) Die Verhandlungen, die General Kondylis unter Vorsitz des Admirals Konduriotis mit den Parteiführern führte, sind kurz vor Mitternacht abgeschlossen worden. Die Bildung eines Koalitionskabinetts ist grundsätzlich beschlossen worden. Die Frage der Verteilung der Portefeuilles und des Vorsitzes in der neuen Regierung soll heute entschieden werden, auch die Frage der Befugnisse des Präsidenten der Republik soll bereits grundsätzlich geregelt worden sein.

Pangalos ähert sich.

London, 25. August. (WZ.) Nach Meldungen aus Athen wurde General Pangalos in Thakera vor der Abfahrt nach Regina von Pressevertretern interviewt. Auf die Frage, ob er eine eingehende Untersuchung der gegen ihn erhobenen Beschuldigungen, er habe Unterschleife begangen, wünsche, antwortete Pangalos, er habe sich gefreut, zu erfahren, daß die Revolutionsführer beabsichtigen, die Untersuchung einem Justizauschuss unter dem Vorsitz des Präsidenten des Kassationsgerichts anzuvertrauen. „Nur Strodel“, fuhr Pangalos fort, „reden von Verurteilungen; jeder-mann weiß, welches Vermögen ich hatte, bevor ich Präsident wurde, und was ich heute habe. Der größte Teil meines Vermögens ist Pangalos, der meiner Frau gehört.“

Der Anschlag auf den Vorortzug aufgeklärt.

Ein gefährlicher Dummerjungenstreich.

Der Kriminalpolizei ist es rasch gelungen, den Anschlag, der auf einen elektrischen Vorortzug zwischen Blankenburg und Carow verübt wurde, aufzuklären. Die Feststellungen ergaben, daß der Streich von dem Laubengelände an der Bahnstrecke ausgegangen sein mußte. Beim Abbruch dieses Geländes fanden die Kriminalbeamten spät abends den Täter in einem 15 Jahre alten Klempnerlehrling Friedrich Bumm, der sich in der Kolonie von Blankenburg herumtrieb.

Unter dem Druck des Beweismaterials, das ihm der Kommissar beim Verhör vorhielt, gab er alsbald zu, die Schotter- und Feldsteine auf die Schienen gelegt zu haben. Friedrich Bumm, ein kleiner unscheinbarer Junge in Manchestersack mit Breeches und Stutzen, der keinen schlechten Eindruck macht, aber etwas phantastisch veranlagt ist, war von seinen Eltern, bei denen er wohnen blieb, in die Lehre gegeben worden. Der Meister war mit ihm auch durchaus zufrieden. Der Junge lief aber am vergangenen Donnerstag aus der Lehre und von Hause davon, wie er sagt, weil seine Eltern mit ihm zu streng gewesen seien. Seitdem hielt er sich in den Laubkolonien von Blankenburg und Carow auf, nächtigte in der Scheune eines Bauern und lebte in der Hauptsache von Obst, das er von Kindern erhielt. Den Tag über pflegte er sich mit Kindern zu treffen, die am Bahngelände Ziegen hüteten und sich damit belustigten, den Bahndamm herunterzurutschen. Das geschah auch am Montagmorgen. Jetzt sprach Bumm mit anderen Jungen auch darüber, wie es wohl aussehe, wenn ein Zug entgleise. Als er dann später allein war, kam er abends auf den Gedanken, es einmal zu versuchen, sammelte einige Feldsteine und legte sie mit dem Schotter auf die Gleise. Er will aber doch nicht abgewartet haben, bis ein Zug kam, sondern schon vorher weggelaufen sein. Bumm wurde nach dem Polizeipräsidium gebracht. Die Kriminalpolizei wird im Laufe des heutigen Tages mit ihm einen Lokaltermin abhalten, um festzustellen, inwieweit seine Aussagen zutreffen und ob auch noch andere Jungen an dem gefährlichen Streich, den er allein verübt haben will, beteiligt gewesen sind. Der 15jährige wird sich nun wegen Gefährdung eines Eisenbahntransports vor dem Jugendgericht zu verantworten haben, außerdem ist seine Ueberführung in eine Zwangserziehungsanstalt bereits beantragt.

Drei tödliche Arbeitsunfälle.

Der 59jährige Transportarbeiter Hermann Gliese aus Johannisthal war im Betriebe der Umbi-Werke mit noch drei anderen Arbeitern damit beschäftigt, einen etwa drei Zentner schweren Säulenbohrer zu transportieren. An einer Tür stieß die Maschine an den unteren Teil des Türrahmens und kippte um. Dabei geriet Gliese unter die Maschine. Er trug mehrere Armbrüche und so schwere innere Verletzungen davon, an deren Folgen er bald nach seiner Einlieferung in das Elisabethhospital verstarb. Ein weiterer schwerer Unfall ereignete sich heute früh kurz nach 8 Uhr auf der Bootswerft der Firma Bauschle hinter dem Kraftwerk Oberhavel bei Spandau. Der 24jährige Bootsbauer Otto Thielemann aus der Schleierstraße 43 zu Zehlendorf, der erst seit ganz kurzer Zeit bei der Firma beschäftigt ist, war mit dem Abdecken eines Schuppens beschäftigt. Er kam mit dem Kopf der Startstromleitung zu nahe und wurde auf der Stelle getötet. — Der im Hause Stromstraße 40 wohnhafte Portier Müller, der in der Maschinenfabrik Harze, Stromstraße 39, als Hilfsarbeiter beschäftigt ist, verunglückte heute mittag gegen 1 Uhr beim Befahren des Fahrstuhls tödlich. Ihm wurde, als er aufwärts fuhr, der Kopf abgerissen. Er hinterläßt eine Frau mit zwei unmündigen Kindern.

Die Pilgerkranken auf dem Wege der Besserung.

Wie wir erfahren, ist in dem Befinden der im Auguste-Victoria-Krankenhaus in Eberswalde liegenden Schwestern jetzt erfreulichweise eine Besserung eingetreten, so daß die Ärzte heute die Hoffnung haben, alle Erkrankten am Leben zu erhalten, wenn nicht noch Komplikationen auftreten sollten. Inzwischen hat die Staatsanwaltschaft einen Vertreter nach dem Kinderheim Falkenberg entsandt und heute vormittag hat auch der zuständige Kreisarzt auf Veranlassung der Behörde eine Prüfung vorgenommen. Seine Untersuchung bestätigte, daß die Erkrankungen durch den Genuß von Anolenblätterpilzen hervorgerufen seien. Wie wir von der Leitung des Kinderheimes erfahren, dürfte ein gerichtliches Verfahren gegen die Schwestern, die die Pilze gesammelt und in der Küche abgeliefert haben, nicht statfinden, da die Schwestern nicht aus selbstlichen Motiven heraus gehandelt haben. Auch die Behörden stehen auf dem Standpunkt, daß hier eine unglückliche Verwechslung stattgefunden hat. Inzwischen sind jedoch die Leichen der im Eberswalder Krankenhaus Verstorbenen von der Staatsanwaltschaft noch nicht freigegeben worden, was darauf hinzuweisen scheint, daß die Staatsanwaltschaft einen endgültigen Beschluß in dieser Angelegenheit noch nicht gefaßt hat. — Uebrigens wird uns von erfahrenen Pilzern mitgeteilt, daß es entgegen der immer wieder auftauchenden Behauptung nicht möglich sei, mit einem silbernen Löffel das Vorhandensein von Gift beim Pilzkochen festzustellen.

Selbstanschlußbetrieb in Spandau.

Am 29. August wird in Spandau der Selbstanschlußbetrieb eingeführt. Die Anschlußnummern der Teilnehmer sind zum größten Teil geändert worden. Es wird dringend gebeten, vor Anforderung von Verbindungen mit Teilnehmern in Spandau aus dem Fernsprechnachbuch für 1926 festzustellen, welche Anschlußnummer der verlangte Teilnehmer erhalten hat. Die neue Nummer steht hinter der bisherigen in eckigen Klammern. Nur dann können Verbindungen ohne Zeitverlust hergestellt und verzögernde Nachfragen bei den anfangs stark belasteten Austauschstellen vermieden werden. Bei Herstellung einer Verbindung nach Spandau wird in folgender Weise verfahren: 1. Die Teilnehmer der Kemter Lichterfelde, Breitenbach, Wannsee und Zehlendorf wählen 0 (Null) und fordern bei dem sich meldenden Hilfsamt das Amt und die Nummer des gewünschten Teilnehmers, z. B. Spandau 49 99. 2. Die Teilnehmer der übrigen Kemter nennen der Beamtin, die sich nach dem Abheben des Hörers meldet, das gewünschte Amt (Spandau). Die Beamtin erwidert: Ich verbinde weiter. Es meldet sich dann ein Hilfsamt. Diesen ist Amtsiname und Nummer anzugeben, z. B. Spandau 49 99. Als Zeichen, daß die Verbindung hergestellt ist, ertönt alle 10 Sekunden ein kurzes Summgeräusch — tüt — tüt. Dieses darf nicht verwechselt werden mit einem andauernden tiefen Summen, das sagt, daß der gewünschte Anschluß oder die Leitung besetzt ist. 3. Die Teilnehmer in Spandau selbst erfahren alles Nähere über die Einschaltung ihrer Apparate bei Eröffnung des Amtes und über die Bedienung der Apparate aus den Merkzetteln und der Benutzungsanweisung, die ihnen zugelandt sind. Der Betrieb der Vermittlungsstelle Spandau ist dem Fernsprechamt Charlottenburg 2 in Charlottenburg, Goethestraße 2-3, unterstellt. Es wird gebeten, schriftlich in Angelegenheiten der Vermittlungsstelle Spandau nur mit dem Fernsprechamt Charlottenburg 2 in Verbindung zu treten.

Das Schnellbad von 15 Minuten.

In einer Zuschrift an uns führt ein Leser heftige Klage darüber, daß in der städtischen Volksbadeanstalt Oberberger Straße den Badegästen nur 15 Minuten für An- und Auskleiden, sowie das eigentliche Bad zur Verfügung stehen. Unser Gewährsmann kam am Sonnabend nachmittag in die Anstalt, badete sehr schnell und war gerade beim Abtrocknen, als der Badewärter seine Zelle betrat und ihn aufforderte, das Badezimmer zu verlassen, da die ihm für das Bad zur Verfügung stehenden 15 Minuten vorüber seien. Uebrigens soll man in der Frauenabteilung des Volksbades ebenso rigoros und bürokratisch vorgehen. Wenn natürlich auch der starke Andrang zu den Volksbadeanstalten, besonders am Wochenende, eine schnellere Abwicklung des Verkehrs

notwendig macht, so muß doch den Beamten gesagt werden, daß 15 Minuten, vor allem für den die Woche über schwer Arbeitenden, viel zu gering sind, um eine gründliche Säuberung vorzunehmen. Es ist nicht bekannt, ob hier eine Anweisung der Direktion vorliegt oder ob die Beamten der Volksbadeanstalt aus eigener Initiative handeln. Für Brausebäder ist im allgemeinen eine 20-Minuten-Badzeit, für Wannenbäder 30 Minuten üblich. Wir hoffen, daß diese Zeiten genügen werden, die Direktion zu veranlassen, sowohl die Badzeit als solche generell zu verlängern, als auch den Leuten mit „abgekaufter Badzeit“ gegenüber etwas toleranter zu verfahren.

Herbstluftverkehr.

Soeben erscheint der diesjährige Herbstflugplan für den deutschen Luftverkehr ab 1. September. Er umfaßt 53 Linien, von denen 48 von der Deutschen Luftflucht betrieben werden. Auf 7 Strecken unterhält die Luftflucht eine Betriebsgemeinschaft mit ausländischen Gesellschaften. Im Vergleich zum Sommerflugplan werden einige Bäderlinien nicht mehr unterhalten. Weitere ausgesprochen für den sommerlichen Touristen- und Bäderverkehr eingerichtete Strecken werden im Laufe des September eingestellt. Ferner sind mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Jahreszeit die Flugzeiten zum Teil geändert worden. Der Winterflugplan wird voraussichtlich am 16. Oktober in Kraft treten.

Eine Lebensmüde getötet. Den Tod im Wasser suchte heute früh eine noch unbekannte Frau, die gegen 3 1/2 Uhr vor dem Hause Halleches Ufer 26 in dem Landwehrkanal sprang. Leute, die ihr Beginnen sahen, riefen die Feuerwehr der nahegelegenen Wache. Ihr gelang es, die Lebensmüde wieder ans Land zu bringen und ins Leben zurückzuführen. Die Frau wurde nach dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht, wo sie noch benennungslos daniederliegt. Bei ihr fand man Briefe, die auf den Namen Emma Biermann lauten. Ob das aber ihr Name ist, weiß man noch nicht.

Bombenattentat in einer Großbank.

Bisher zwei Tote und über hundert Verwundete.

New York, 25. August. (WZ.) In Pittsburg ist ein folgenschwerer Anschlag auf den Kassenraum einer amerikanischen Großbank verübt worden. Im Kassenraum der Farmers Nationalbank war ein Bankkassierer, dem die Auszahlung eines Schecks in Höhe von 2000 Dollar verweigert wurde, eine Bombe. Die Bankräume, die in einem sechseckförmigen Hause gelegen sind, wurden völlig zertrümmert. Der Täter und der Bankkassierer waren sofort tot, 20 Schwerverletzte und über 100 Leichtverletzte wurden aus den Trümmern geborgen. Die Umgebung des Gebäudes ist gleichfalls schwer heimgesucht. In den Straßen der Stadt entstand eine Riesenspanik, die Fenster-scheiben ganzer Straßenzüge wurden zertrümmert. Man rechnet mit weiteren Todesopfern. Unter den Schwerverletzten befinden sich auch zwei Polizeibeamte, die den Attentäter verhaften wollten, als er vor der Tat gegenüber dem Bankbeamten Drohungen aussprach und ihm rief: „Gib mir Geld, sonst bringe ich Dampf dahinter!“ Die Polizisten konnten das Wesen der Bombe nicht mehr ver-hindern.

Erdstöße im Vogland.

Wann, 1. A. 25. August. (WZ.) Heute nacht zwischen 1/3 und 3 Uhr wurde mehrere Male ein unterirdisches wellenförmiges Schwanken wahrgenommen, das in der Richtung von Südwesten nach Nordosten verlief. Das Beben wurde von vielen Einwohnern bemerkt. Auch der Seismograph verzeichnete einige Erdstöße.

Zum Eisenbahnunglück bei Leiferde.

Hannover, 25. August. (WZ.) Die Ermittlungen hatten bis zur Stunde noch kein greifbares Ergebnis. Auch der Arbeiter Walter Reyer aus Grufenroth, den man für den Täter hielt, mußte wieder aus der Haft entlassen werden.

Wieder ein Eisenbahnattentat?

Am Dienstag wurde im Bahnhof Hille bei Lübbecke in Westfalen ein Eisenbahnattentat verübt, bei dem durch einen Zufall kein Unglück zur Folge hatte. Ein Weichenschloß war gewaltsam zertrümmert und die Weiche des Hauptgleises auf ein Nebengleis gehoben worden. Die Lokomotive des Frühzuges durchfuhr die Weichensperre und kam kurz vor dem Gleisende zum Halten. Ein Unglück wurde lediglich dadurch verhütet, daß der Zug langsame Fahrt hatte. Polizeiliche Nachforschungen, die bisher noch kein positives Ergebnis hatten, sind nach allen Seiten eingeleitet. Die Mindener Kreisbahn gehört nicht zur Reichsbahn.

Zum Doppelmord im Deister. Die Täter, die am 12. d. M. einen Holzhauermeister und einen Hilfsförster aus dem Stamm des Deister erschossen und beraubten, konnten bisher noch nicht ermittelt werden. Die Oberstaatsanwaltschaft hat am 23. August die Belohnung für die Ergreifung der Täter von 1000 Mark auf 3000 Mark erhöht.

Die Hinterlassenschaft des Filmschauspielers Valentino. Der soeben verstorbene Filmschauspieler Valentino hat während seiner 10jährigen Laufbahn als Filmschauspieler zwei Millionen Dollar, davon im letzten Jahr allein annähernd eine Million, verdient. Seine Hinterlassenschaft beträgt voraussichtlich nur 75 000 Dollar.

Sport.

Schmeling schlägt Dietmann 1. o.

Einen unerwartet schnellen Sieg errang gestern Abend im Lunapark der Halbschwergewichtler Max Schmeling über Max Dietmann, den er bereits in der ersten Runde so. schlug. Nachdem Paul Samson-Körner vor einiger Zeit wegen Uebergewichtes seinen Meisterstitel im Halbschwergewicht zur Verfügung stellen mußte, bereiteten sich zwei starke Anwärter auf den freigewordenen Meister-titel vor. Max Dietmann und Max Schmeling. Vor acht Tagen sollte der Kampf bereits im Lunapark steigen, mußte dann aber wegen einer Augenverletzung Dietmanns, die er sich im Training zugezogen hatte, abgesetzt werden. Vor einer recht stattlichen Zuschauermenge fiel gestern die Entscheidung. Nach einem Einleitungs-kampf zwischen Sasse-Berlin und Pauke-Bremen, der über 4 Runden mit 6-Ungen-Handschuhen ging, in dem sich Sasse wieder als der bessere zeigte, bestiegen Schmeling und Dietmann den Kampf-ring. Auch Paul Samson-Körner stellte sich dem Publikum im Ring als ehemaliger Titelhalter vor, von allen Seiten stürmisch begrüßt. Dann ertönt der Gongschlag zur ersten Runde, die auch zugleich die letzte sein sollte. Dietmann greift in bekannter Weise sofort mächtig an, während sein Gegner abwägender, vorsichtiger boxt. Dietmann sinkt plötzlich auf einen linken Gesichtshaken Schmeling bis zwei in die Knie, kommt aber sofort wieder hoch, boxt beherzt weiter, bis ihn sein Gesicht ertit. Von einem haarsträubend gezielten rechten Kinnhaken getroffen, taumelt Dietmann rücklings in die Ecke. Schmeling geht sofort nach, durchschlägt wichtig die Doppeldeckung seines Gegners und landet unaußsächlich, Dietmann sinkt zusammen und muß sich auszählen lassen. Schmeling, dem neuen Meister, aber wird zugesüßelt. Der deutsche Box-sport wird in ihm, der schon vielen gefährlichen wurde, einen würdigen Vertreter haben.

Schluss mit dem Lohnabbau!

Geschlossene Abwehr in der Bilderrahmenindustrie.

Wie wir bereits mitteilten, wollten die der Arbeitgebervereinigung der Goldleisten- und Bilderrahmenindustrie angeschlossenen Unternehmer ab 7. August den bisher gültigen Lohn von 1,04 M. auf 90 Pf. herabsetzen. Als die Berliner Ortsverwaltung des Holzarbeiterverbandes der Arbeitgebervereinigung wissen ließ, daß sie dieses Diktat als das Signal zum offenen Kampf betrachte, kam es noch einmal am 5. August zu einer Besprechung der bevollmächtigten Organisationsvertreter beider Parteien. Beide Parteien einigten sich dahin, den Schlichtungsausschuss anzurufen und bis zum Abschluß des Schlichtungsverfahrens keine Änderung der bestehenden Löhne vorzunehmen bzw. zu verlangen.

Der Schlichtungsausschuss fällt am 18. August einen Schiedsspruch, wonach die Löhne der Facharbeiter auf 1 M. und die der übrigen Arbeiter auf 5 Proz. unter den Sätzen des letzten Lohnabkommens herabgesetzt werden sollen. Das Lohnabkommen, auf das sich der Schiedsspruch bezieht, war bei seinem Ablauf am 27. Februar dieses Jahres nicht mehr erneuert worden, so daß jetzt in der Branche zwar tariflos gearbeitet, aber in den meisten Betrieben die früheren Tariflöhne und noch höhere Löhne gezahlt werden.

Die Branchenangehörigen nahmen gestern abend in einer überfüllten Versammlung in Döring's Festhallen zu dem Schiedsspruch Stellung. Genosse Boze vom Holzarbeiterverband, der den Bericht gab, empfahl den Mitgliedern, diesen Schiedsspruch nicht anzunehmen, da er den Unternehmern die Möglichkeit gibt, noch viel größere Abzüge vorzunehmen, als es bei oberflächlicher Betrachtung scheint.

Nach einer kurzen Diskussion lehnte die Versammlung den Schiedsspruch einstimmig ab. Es wurde weiter beschlossen, in den Betrieben, wo die Unternehmer nunmehr versuchen sollten, eigenmächtig die Löhne herabzusetzen, sofort die Organisation zu beschleunigen und nötigenfalls die Arbeit einzustellen.

Die gelbe „Arbeiterdelegation“.

Sie wird folgeschwiegen.

Die sonst so redselige „Rote Fahne“ ist plötzlich stumm geworden. Unsere Veröffentlichung der Eindrücke, die der Führer der Gelben, der deutsch-nationale Reichstagsabgeordnete Geisler in Ausland empfangen und in Deutschland veröffentlicht hat, ist der Redaktion des Volkswirtschaftsblattes begrifflich unklar. Da man dort noch nicht weiß, was man daraus erwidern darf und soll, stellt man sich tot. Damit ist freilich die Tatsache der gelben „Arbeiterdelegation“ nicht aus der Welt geschafft. Sie leidet die „sozialdemokratische Arbeiterdelegation“ erst ins rechte Licht.

Abwehrbewegung der Krawatten-Heimarbeiterinnen.

Gegen tarifwidrige Bezahlung.

Für alle im Betrieb wie in der Heimarbeit beschäftigten Arbeitnehmer in der Krawattenbranche fand am 20. August eine vom Deutschen Bekleidungsarbeiterverband einberufene Versammlung statt, die sehr gut besucht war. Der Referent, Kollege Salbach, kritisierte rüchlos das Verhalten einzelner Arbeitgeber, die die große Arbeitslosigkeit für sich ausnutzen und weit unter Tarif bezahlen. Es seien wieder dieselben Firmen, die schon in Vorkriegszeiten die Heimarbeiterinnen am schlechtesten entlohnten, wie U. u. R. sowie R. u. G. Sie versuchen, die Selbstbinder, die augenblicklich und für längere Zeit den größten Artikel in der Fabrikation darstellen, auf Kosten der Arbeiterinnen besonders billig fertigen zu lassen. Die Löhne, die diese Firmen bieten, liegen im Verhältnis zu den Kosten der Lebenshaltung weit unter den Vorkriegslöhnen. Leider finden sich immer wieder Heimarbeiterinnen, die für diese Schundlöhne arbeiten.

Der bestehende Tarifvertrag entspricht keineswegs den Wünschen der Arbeitnehmer. Eine Erhöhung der Löhne wäre durchaus am Platze. Statt dessen machen diese Firmen noch weitgehende Abzüge. Diesem Treiben müsse endlich begegnet werden. fester Zusammenhalt und fester Wille.

keine Arbeit mehr unter dem Tariflohn anzunehmen.

zwingt auch die Arbeitgeber zur Einkehr. Alle Verstöße gegen den bestehenden Tarifvertrag müssen der Branchenleitung umgehend mitgeteilt werden, um dieselben schnellstens abzustellen.

In der Urlaubsfrage der Heimarbeiterinnen mußte der Referent feststellen, daß die Urlaubsgelder nicht überall gezahlt werden. Es müssen deshalb Klagen gegen die betreffenden Firmen anhängig gemacht werden. Die Arbeitgeber weigern sich, den sogenannten Zwischenmeistern die Urlaubsgelder auszugeben. Es ist ein besonderer Missetand, daß sich das Zwischenmeisterwesen in der Krawattenbranche breitzumachen sucht; zumal die Zwischenmeister in der Krawattenbranche nur auf Kosten der bei ihnen beschäftigten Arbeitnehmer ihre Existenz aufbauen können, da der Lohn für die geleistete Arbeit des Zwischenmeisters derselbe ist, wie ihn die Heimarbeiterin erhält. Bekommt der Zwischenmeister nicht das Urlaubsgeld von der Firma, so kann er seinen Arbeitnehmern auch kein Urlaubsgeld zahlen. Doch die Arbeitgeber wissen Rat. So hat der Direktor einer Firma auf die Frage, wovon denn den Arbeiterinnen das Urlaubsgeld gezahlt werden soll, wenn er als Zwischenmeister keine erhält, geantwortet, das müßte er, also der Zwischenmeister, bei seiner Lohnzahlung miteinkalkulieren. Das bedeutet die direkte Aufforderung an den Zwischenmeister, seine Arbeitnehmer weit unter Tarif zu bezahlen. Der Tarifvertrag ist jedoch bindend. Die letzte Hand hat den Anspruch auf tarifliche Entlohnung, auf Gewährung von Urlaub usw. Wie diese sogenannten Zwischenmeister es ermöglichen können, die vorgeschriebenen Löhne zu zahlen, ist ihre Sache. Wir haben dafür zu sorgen, daß, wenn ein Tarifvertrag besteht, derselbe auch zu erfüllen ist. Nur wenn für Aufklärung und reifliche Organisation der in der Branche Beschäftigten gesorgt wird, kann ihre beginnende Verelendung abgewehrt werden.

Die nachfolgende Diskussion unterstrich die gemachten Ausführungen. Die Versammelten gingen mit dem Gelöbnis auseinander, jede tarifwidrige Bezahlung zu unterbinden und in die Agitation für den Anschluß der Arbeitnehmerschaft in der Krawattenbranche an den Bekleidungsarbeiterverband (Sebastianstraße 37/38) einzutreten.

Broschürenweisheit und Zitatenkunst.

Wie sich die „Rote Fahne“ herauszuschwindeln sucht.

Wir haben die dumme Anrempelung der „Roten Fahne“ festgenagelt, mit der sie sich auf die Seite von Havelock Wilson stellte, nur weil dieser die Sozialisten angegriffen hatte. Um nun ihre gründliche Unwissenheit etwas zu bemänteln, zitiert die „Rote Fahne“ einige Sätze aus einer Artikelserie von Marx in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ aus dem Jahre 1849, die später in Broschürenform erschienen ist. Aber selbst diese Broschüre mußte die „Rote Fahne“ umfälschen, um den Anschein zu erwecken, sie verstände etwas von Marxismus.

Marx erläutert in der Artikelserie, wie sich mit Veränderung des Charakters der Produktionsmittel auch die gesellschaftlichen Verhältnisse ändern. So erfahre auch das Kapital eine Veränderung seiner Funktion. Marx schildert dann die Funktionen des Kapitals in der kapitalistischen Gesellschaft. Er führt dabei u. a. aus:

„Das Kapital besteht nicht nur aus Lebensmitteln, Arbeitsinstrumenten und Rohstoffen, nicht nur aus materiellen Produkten; es besteht ebenso sehr aus Tauschwerten. Alle Produkte, woraus es besteht, sind Waren. Das Kapital ist also nicht nur eine Summe von materiellen Produkten, es ist eine Summe von Waren, von Tauschwerten, von gesellschaftlichen Größen.“

Das Kapital bleibt daselbe, ob wir an die Stelle von Wolle Baumwolle, an die Stelle von Getreide Reis, an die Stelle von Eisenbahnen Dampfschiffe setzen, vorausgesetzt nur, daß die Baumwolle, der Reis, die Dampfschiffe, — der Leib des Kapitals — denselben Tauschwert haben, denselben Preis wie die Wolle, das Getreide, die Eisenbahnen, worin es sich vorher verkörperte. Der Körper des Kapitals kann sich beständig verwandeln, ohne daß das Kapital die geringste Veränderung erleide.“

Die Voraussetzung zu dieser Erläuterung, wie die vorzitierten Sätze hat die „Rote Fahne“ wohlweislich unterschlagen. Sie hätte sonst nicht mit Havelock Wilson die Behauptung aufstellen können, der Sozialismus sei gleichbedeutend mit der Vernichtung des Kapitals.

Erfolgreiche Betriebsratswahl.

Die Betriebsratswahl in den Bremer Linoleumwerken, Köpenick, Marienstraße, fand im April d. J. statt, ist aber durch Entscheidung des Arbeitsgerichts für ungültig erklärt worden, wegen eines Verstoßes gegen die Wahlordnung § 20. Als Antragsteller, die Wahl für ungültig zu erklären, trat die Firma, vertreten durch die technische Leitung, auf, mit der Begründung, daß ein Teil der Arbeiter Beschwerde eingelegt hat, weil nur eine (freigewerkschaftliche) Liste aufgestellt worden ist.

Bei der Aufstellung der Liste verurteilten Anhänger der Bergsgemeinschaft auf die Liste zu kommen, was aber von der Bergsgemeinschaft abgelehnt wurde. Die technische Leitung versuchte nun für die Anhänger der Bergsgemeinschaft zu retten, was zu retten war, indem sie das Angebot machte, einige der Gelben auf die Liste zu übernehmen; dann könnte die Wahl anerkannt werden. Dieses Angebot ist abgelehnt worden, da es den gewerkschaftlichen Grundsätzen widerspricht und eine Niederlage lieber in Kauf genommen wird als eine Verbindung mit der Bergsgemeinschaft. Daraus ist erfolgt die Anrufung des Arbeitsgerichts.

Bei der jetzigen Neuwahl standen zwei Listen zur Abstimmung, die freigewerkschaftliche und die der Bergsgemeinschaft. Letztere erlosch einen großen Sieg, da die Kandidatenliste der freigewerkschaftlichen Liste übertrug, andererseits von den Gelben Kandidaten präsentiert wurden, die in der Revolutionszeit stark radikal auftraten, die gute entwickelte Organisationen vorschlugen, sich dann zu den Syndikalistikern bekannten und jetzt mit den Vaterländischen Arm in Arm gehen.

Der erhoffte Sieg blieb auch bei der Neuwahl aus. Die Arbeiterschaft, wenn auch nicht gut organisiert, lehnte die Tendenzen der Bergsgemeinschaft und Maulwurfsfreier ab, bekannte sich zur freigewerkschaftlichen Liste, die 6 Sitze erhielt, während die Gelben sich mit einem Sitz abfinden mußten. Es muß jetzt daran liegen, weiter zu arbeiten, um die Unorganisierten der freien Gewerkschaften zuzuführen, die Werbetätigkeit für die Internationale Gewerkschaftswoche jetzt schon zu beginnen.

Gegen die Ueberschichten im Ruhebergbau.

Die Gewerkschaften fordern ihr Verbot.

Dortmund, 25. August. (Eigener Drahtbericht.) Im Oberbergamt fanden heute Verhandlungen über Anträge der Gewerkschaften über verbotswidriges Verfahren von Ueberschichten im Hinblick auf die Arbeitszeitverordnung vom 31. Dezember 1923 statt. Sie führten zu keiner Entscheidung. Es sollen genaue Ermittlungen angestellt werden, wie viele Ueberschichten auf den einzelnen Mann kommen.

Die englischen Bergarbeiter stehen fest.

Zusammenstöße in den Bergwerksrevieren.

London, 25. August. (W.T.B.) Den ersten ernststen Zusammenstoß zwischen Polizei und streikenden Bergarbeitern in der Nähe von Mansfield im Kohlenbezirk von Nottingham erhielten verschiedene Bergarbeiter Verletzungen durch Knüttelschläge. Bei einem anderen Zwischenfall wurden zwei Polizeibeamte, die einen Mann, der von einer aus mehreren Hunderten bestehenden Menge angegriffen wurde, schützen wollten, zu Boden geschlagen und durch Stockschläge verletzt.

„Daily Mail“ berichtet, die Einschüchterungsmaßnahmen der Streikposten und des meist mit Stöcken bewaffneten Pöbels hätten viele Bergarbeiter in Nottinghamshire und Derbyshire verhindert, gestern zur Arbeit zurückzukehren. Viele Bergarbeiter hätten sich infolge der gegen ihre Familien gezeigten Feindseligkeiten gefürchtet, in die Schächte einzufahren. Das Home-Office unternehme Schritte, um alle Bergarbeiter, die arbeiten wollen, zu schützen. Die Behörden ständen auf dem Standpunkt, daß Streikposten keine Berechtigung hätten; es sollen energische Maßnahmen getroffen werden, um die Einschüchterungsversuche zu unterbinden.

Der politische Berichterstatter der „Daily News“ schreibt, Cooks wiederholte Bezugnahme auf „neue Schritte“ zur Herbeiführung eines Friedens in der Kohlenindustrie hätten in zahlreichen politischen und wirtschaftlichen Kreisen den Eindruck hervorgerufen, daß die Bergarbeiterführer ein direktes Eingreifen der Regierung herbeizuführen beabsichtigen.

Arbeitersport.

Bezirksportfest in Potsdam.

Der 3. Bezirk veranstaltete Sonntag ein Bezirksportfest in Potsdam. Am Sonnabend wurde die ganze Veranstaltung durch eine Werbestafette, die aus Läufern, Schwimmern und Paddlern bestand, eröffnet. An der Langen Brücke, wo der Wechsel und die Stabübergabe der Läufer an die Schwimmer sich befand, hatte sich eine vieltausendköpfige Menge eingefunden. In siebenmaligem Wechsel durchquerten die Schwimmer die Havel bis zum Kiewitz, um hier den Paddlern Platz zu machen, welche die Staffel bis zum Lustschiffhafen führten. Hier wurde von den Läufern auf einer provisorischen Läuferbahn die Schlusgrunde gehalten. Leider hatte der Magistrat Potsdam den Arbeitersportlern die Benutzung des Stadions am Templiner See verboten. So mußten die Wettkämpfe auf provisorischen Bahnen veranstaltet werden, und das einwandfreie Stadion lag unbenutzt. Am Abend zeigte die Nowawer Segler noch einen schönen illuminierten Reigen mit ihren Booten.

Die wassersportlichen Wettkämpfe in der neuen Badeanstalt am Sonntag zeigten guten Sport. Doch hier vermischte man vor allem den großen Berliner Verein „Vorwärts“, der zum 3. Bezirk gehört, und die Kampfrichtervereinigung des 1. Kreises. Ein Frauenfigurenlegen der Freien Schwimmer Charlottenburgs welches, einwandfrei geschwommen, viel Beifall fand, eröffnete das Programm. Bei den Wasserballspielen war man über die Stärke der 1. Mannschaft der Freien Schwimmer Charlottenburgs erstaunt, die zwei Spiele hintereinander gegen gute Mannschaften hoch gewinnen konnten.

Nachfolgend die Resultate: Männerlagensafette 4000 Meter: 1. Hellenfer 5.14.1. 2. Spandau 6.15.4. 3. Charlottenburg 6.19.4. — Kinderwettbewerbe 50 Meter: 1. Aufsicht, Charlottenburg, 0.59.2. 2. Bientow, Charlottenburg, 0.59.4. 3. Röhrlitz, Potsdam, 0.59. — Männerwettbewerbe 100 Meter: 1. Kewitz, Rommes, 1.17.4. 2. Rigmann, Spandau, 1.19. 3. Feiler, Siemensstadt, 1.21. — Männerwettbewerbe 100 Meter: 1. a. Schulz, Brandenburg, 1.18.4 (Stf.). 1. Franke, Rathenow, 1.23.2. 2. Wilhelm, Spandau, 1.24.2. 3. Rod, Hellenfer, 1.25.1. — Jugendwettbewerbe 100 Meter: 1. B. Ebert, Spandau, 1.26.2. 2. Eufsch, Charlottenburg, 1.29.1. 3. Rüdiger, Rommes, 1.30.4. — Jugendwettbewerbe 50 Meter: a) männlich: 1. Bangemann, Rommes, 0.44. 2. Rottorf, Rathenow, 0.47. 3. Oberst, Potsdam, 0.50.2. b) weiblich: 1. Bette, Charlottenburg, 0.51.4. 2. Riepert, Charlottenburg, 0.51.4. 3. Feiler, Potsdam, 0.53. — Jugendwettbewerbe 50 Meter: 1. Tofob, Siemensstadt, 0.54.4. 2. Kellermann, Rommes, 0.58. 3. Belling, Potsdam, 0.58.3. — Jugendwettbewerbe 50 Meter: 1. Bangemann, Rommes, 0.41. 2. Feiler, Siemensstadt, 0.42. 3. Müller, Potsdam, 0.45. — Frauenwettbewerbe 100 Meter: 1. Kuhn, Charlottenburg, 1.45.1. 2. Schmidt, Charlottenburg, 1.56.1. 3. Schulz, Siemensstadt, 1.10. — Männerwettbewerbe 200 Meter: 1. C. Rannenberg, Hellenfer, 3.26.1. 2. Schulz, Siemensstadt, 3.27. 3. F. Rannenberg, Hellenfer, 3.31.1. 4. Bergner, Charlottenburg, 3.42.4. — Wasserballspiele für Männer: Charlottenburg gegen Spandau II: 1. Charlottenburg gegen Hellenfer 7:0.

Sportfest in Wilmersdorf. Am 4. und 5. September begeht der Bezirk Wilmersdorf der Freien Turnerschaft Groß-Berlin sein 20. Stiftungsfest durch ein Sportfest auf dem Vereinsportplatz Wilmersdorf, Württembergische Straße 54. Da am gleichen Tage ein Sportfest der Bürgerlichen stattfindet, ist zahlreiche Beteiligung der Brudervereine erwünscht. Sonnabend: Fußball, Handball und Hockey auf den Sportplätzen Seepark, Fehrbelliner Platz, Preußenpark sowie auf dem eigenen Platz in Wilmersdorf. Sonntag: 8 Uhr Treffpunkt Vereinsplatz. 9 Uhr Generalprobe der Freiwübungen. 10 Uhr Handball Süden-Weßing. 1 Uhr Umzug mit Musik, Abmarsch Kaiserplatz zum Vereinsportplatz. Ab 2 Uhr großes turnerisches und sportliches Programm. Die Arbeiterschaft der westlichen Vororte wird um zahlreiches Erscheinen und Unterstützung der Veranstaltung gebeten.

Die Übungen des Bezirks Wilmersdorf finden statt: Untere Turnhalle Gieselerstraße: Männer Dienstag und Freitag 8 bis 10 Uhr, Frauen und Jungmädchen Montag 8 bis 10 Uhr, Mädchen Dienstag und Freitag 8 bis 8 Uhr, Knaben Turnhalle Koblitzer Straße Dienstag und Freitag 6 bis 8 Uhr. Obere Turnhalle Halensee, Joachim-Friedrich-Straße: Männer Dienstag und Freitag 8 bis 10 Uhr, Frauen und Jungmädchen Donnerstag 8 bis 10 Uhr, Mädchen Montag und Donnerstag 6 bis 8 Uhr, Knaben Dienstag und Freitag 6 bis 8 Uhr. — Fußballabteilung: Männer jeden Donnerstag 8 Uhr Sportplatz, Jugend Freitag, Schüler Sonnabend. — Schachabteilung: Donnerstag 8 Uhr. — Musikkorps: Dienstag 8½ Uhr. — Tambourkorps: Mittwoch 8 Uhr. — Sportplatz: Wilmersdorf, Württembergische Straße 54 Ecke Jähringer Straße (am Fehrbelliner Platz).

Im Freien Keglerbund Deutschlands kam es am Sonntag, den 15. August, zum Abschluß der Gaumeisterschaftskämpfe der Gruppe A im Gau 2. Als Sieger ging der Kegelflub „Harmonie 1921“ (Neutal) mit 5414 Holz (5 Besten) hervor und schlug somit den Bundesmeisterklub von 1925, SRK. Bögem, um 15 Holz. Eine ganz hervorragende Leistung vollbrachte Keglerbruder Henneberg (Harmonie) mit einer Holzzahl von 1116 bei 150 Augen. Im Gau 1 Berlin führt SRK. Alter Stamm 13 (Bezirk Osten) mit 5378 Holz vor Borussia 09 mit 5348 Holz. Die beste Einzelleistung zeigte Keglerbruder Hoffmann (Alter Stamm) mit 1100 Holz (150 Augen).

Der „Schwimmverein Vorwärts Berlin 1897“ hielt am Sonntag auf dem Wassersportplatz Plöhensee sein Sommerfest ab. 2500 Zuschauer folgten mit regem Interesse den Vorführungen auf der Kampfbahn. 400 Starrende beiderlei Geschlechts, vom jüngsten Kindermittglied bis zu den alten Herren, legten Zeugnis von der intensiven Vereinsarbeit ab. Blickpunkte in dem Programm waren der gutgeschwommene Kunststreich der Frauen, das Turnspringen der Männer und die Rettungsübungen mit Erläuterungen. Die sehr stark besetzten Jugend- und Kinderfonturgen bezeugten, daß der „Vorwärts“ das Bestreben hat, für tüchtigen Nachwuchs zu sorgen.

Reichskonferenz des Touristenvereins „Die Naturfreunde“. Der Touristenverein „Die Naturfreunde“, Deutsche Sektion, hält seine Reichskonferenz Anfang Oktober in Würzburg ab. Die Tagung wird Bestimmungen darüber treffen, wie den Mitgliedern der deutschen Arbeitersportverbände, soweit sie der „Zentral-Kommission“ angeschlossen sind, Vorzugsbedingungen für die Uebernachtung in Naturfreundehäusern gewährt werden können. Bei dieser Gelegenheit sei mitgeteilt, daß dem Touristenverein „Die Naturfreunde“ von der Reichsregierung 10 000 M. als Beihilfe für die Unterhaltung seiner Unterkunfts Häuser gewährt worden sind.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Seger; Schriftföhrer: Erich Salzer; Gewerkschaftsbewegung: J. Striner; Redaktion: Dr. John Schlotzki; Feuilleton und Sonette: Erik Ruchhödt; Anzeigen: Ed. Glöck; Schriftlich in Berlin: Berlin: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsgesellschaft und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SB 68, Lindenstraße 3.

Berliner - Elektriker - Genossenschaft
Berlin N24, Elsässer Str. 86-88 | Filiale Westen, Wilmersdorf
Fernsprecher Norden 65 25 u. 65 26 | Landhausstraße 4. Tel.: Pfalzberg 9831
Ausstellungsräume und Lager
Alexanderstr. 39-40 (Alexander-Passage) Tel.: Königsstadt 540.
Elektrische Anlagen jeder Art u. jeden Umfanges zu kulanten Zahlungsbedingungen.
Beleuchtungskörper und Osram-Lampen zu Fabrikpreisen

Photoapparate Bedarfsartikel
Entwickeln - Kopieren
gul und preiswert
Photo - Spezialhaus Haller
Kottbuser Damm 98

Sport-Stiefel
Wanderstiefel :: Bergsteiger
nur in dem bekannten Spezialgeschäft
H. Bähr
Berlin Spittelmarkt 7
u. d. Brücke

TEPPICHE
Glatke & Königsfeld
Engros gegr. 1905 Export
Nur Potsdamer Str. 97, 1Tr.
Kein Ladengeschäft
Einzelabgabe. * Billigste Listenpreise.
Im Hause der Commerc- und Privat-Bank.

Küchen
roh emailliert
Küche Lotchen 42 H. 50 H.
Christine 75 - 125 -
mit Anrichte

Riesenauswahl
roher, lackierter, lasierter
Küchen, einzelner Kleider-
und Küchenschranke.

Himmel
Lothringer Str. 22 (Schönhauser Tor)

Achtung!
Billiger Fleisch- und Wurstverkauf
billig und gut
40 Thierstraße 40

Stocklaternen
mit Licht u. Stock Dtd. 75 u. 90 Pf. Packeln
Dutzend 75 Pf. Lampens von 5 Pf. an.
Feuerwerk jeder Art, Sortimente von 1 M. an.
Bengalfeuer, 20, 30, 50 Pf. Wachsackeln,
Papierballons, Mützen, Dutzend von
20 Pfennig an. Alle Vereins- Sommer-
artikel sehr billig.

Seit 36 Jahren Markgrafenstr. 84 (an der Lindenstr.)